



**Geschäftsführung
Ausschuss für Umwelt und Grün**

Frau Bültge-Oswald

Telefon: (0221) 221-23702

E-Mail: barbara.bueltge-oswald@stadt-koeln.de

Datum: 11.07.2016

Niederschrift öffentlich

über die **Sitzung des Ausschusses Umwelt und Grün** in der Wahlperiode 2014/2020 am Dienstag, dem 07.06.2016, 16:05 Uhr bis 17:56 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Katharina Welcker	CDU	
Frau Susanne Bercher-Hiss	GRÜNE	
Herr Wilfried Becker	SPD	
Frau Polina Frebel	SPD	
Herr Jürgen Kircher	SPD	stellvertretend für Herrn Ott
Herr Karl-Heinz Walter	SPD	
Frau Margret Dresler-Graf	CDU	
Herr Stefan Götz	CDU	
Herr Dr. Walter Gutzeit	CDU	
Herr Gerhard Brust	GRÜNE	
Frau Hamide Akbayir	DIE LINKE	
Herr Dr. Rolf Albach	FDP	

Beratende Mitglieder

Herr Stephan Boyens	AfD	
Frau Katharina Reiff	Seniorenvertretung der Stadt Köln	
Frau Barbara Röttger- Schulz	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik	
Frau Barbara Albat	SPD	
Herr Dietmar Donath	auf Vorschlag der SPD	
Herr Matthias Pergande	FDP	
Herr Helmut Jung	CDU	
Herr Johannes Zischler	auf Vorschlag der CDU	
Herr Bezirksbürgermeister Reinhard Zöllner	CDU	
Herr Dr. Volker Ermert	auf Vorschlag der Grünen	
Herr Robert Schallehn	GRÜNE	

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Eugen Litvinov stellvertretend für Herrn Bayrakçioğlu

Verwaltung

Frau Gabriele C. Klug (Vertr. Dez V) Dezernat II - Finanzen
Frau Bettina Baum Referentin - Dezernat V - Soziales, Integration und Umwelt
Frau Christina Brammen-Petry stellvertretende Amtsleiterin
Umwelt- und Verbraucherschutzamt,
Herr Johannes Feyrer Leiter des Amtes für Feuerschutz, Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz (zu TOP 7.4 und 7.5)
Frau Ina-Beate Fohlmeister Amt für Stadtentwicklung und Statistik
(zu TOP 4.1, 4.1.1, 12.1)
Herr Manfred Kaune Leiter des Amtes für Landschaftspflege und Grünflächen
Frau Anke Ludwig Referentin - Dezernat V - Soziales, Integration und Umwelt
Herr Konrad Peschen Umwelt- und Verbraucherschutzamt
Herr Peter Winkels Geschäftsführender Betriebsleiter Dezernat V-6
Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb
der Stadt Köln

Schriftführerin

Frau Barbara Bültge-Oswald Umwelt- und Verbraucherschutzamt

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Jochen Ott SPD
Herr Mathias Wittmann auf Vorschlag der Grünen

Beratende Mitglieder

Herr Nebil Bayrakçioğlu GK
Frau Maria Blank Seniorenvertretung der Stadt Köln
Herr Marco Pagano SPD
Frau Jennifer Mense GRÜNE
Herr Fabian Hübner auf Vorschlag der Fraktion DieLinke
Herr Stephan Wieneritsch FDP

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Die 1. stellvertretende Ausschussvorsitzende RM Frau Welcker begrüßt alle Anwesenden aus Politik und Verwaltung sowie alle Gäste zur Sitzung des Ausschusses Umwelt und Grün / Betriebsausschusses Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln.

Sie macht auf die Zusetzungen und Absetzungen der Tagesordnungen sowie auf die anwesenden Gäste in beiden Ausschüssen¹ aufmerksam.

Die Anfrage der FDP unter TOP 1.4 (Umweltrechtliche Befreiung für Eingriffe und Ausgleich) werde in der nächsten Sitzung beantwortet.

Die Verwaltung bitte, die Beschlussvorlage zu TOP 4.1 (Umsetzung STEK Wohnen) an den Anfang der Sitzung zu setzen. Hierzu hingen Pläne aus und Herr Peschen werde Umweltbelange darstellen, die in STEK Wohnen eingeflossen seien.

SB Herr Dr. Albach schlägt vor, alle Unterlagen zum Kalkberg, also die Mitteilungen unter TOP 7.4 sowie TOP 7.5 und 7.7, in der Sondersitzung am 20.06.2016 zu behandeln.

Hierüber herrscht im Ausschuss allgemeiner Konsens.

Fragen zum Kalkberg sollen von den Fraktionen innerhalb einer Woche schriftlich an die Schriftführung gegeben und zur Sondersitzung beantwortet werden.

Auch die anderen Vorschläge und Bitten finden allgemeine Zustimmung. Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgebracht.

Die stellvertretende Ausschussvorsitzende stellt beide so geänderten Tagesordnungen zur Abstimmung.

Diese werden einstimmig angenommen, so dass sich im Ausschuss Umwelt und Grün folgende Tagesordnung ergibt:²

¹ s. Anwesenheitsliste S. 2 der jeweiligen Niederschrift

² Tagesordnung Betriebsausschuss siehe Niederschrift Betriebsausschuss

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

A Verpflichtung von sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern und Einwohnerinnen / Einwohnern gemäß § 5 der Hauptsatzung der Stadt Köln

B Gleichstellungsrelevante Themen

1 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung

1.1 Einweggeschirr in Flüchtlingsunterkünften
Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 15.04.2016
AN/0725/2016

1.1.1 Einweggeschirr in Flüchtlingsunterkünften
Beantwortung der Anfrage
1388/2016

1.2 Einfluss des Verkehrsflusses auf Luftbelastungen in Köln
Anfrage der CDU-Fraktion vom 27.04.2016
AN/0811/2016

1.2.1 Einfluss des Verkehrsflusses auf die Luftbelastung in Köln
Beantwortung der Anfrage
1606/2016

1.3 Erhalt der Artenvielfalt in Köln
Anfrage der CDU-Fraktion vom 13.10.2015
AN/1514/2015

1.3.1 Erhalt der Artenvielfalt in Köln
Beantwortung der Anfrage
1182/2016

1.4 Umweltrechtliche Befreiung für Eingriffe und Ausgleich
Anfrage der FDP-Fraktion vom 01.06.2016
AN/0969/2016

2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung

2.1 Mehr artenreiche Wiesen in Köln
Antrag der Fraktion Die Linke vom 13.04.2016
AN/0670/2016

2.1.1 Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag der Fraktion Die Linke
1785/2016

- 2.2 Beleuchtung des Hauptwegs vom Clouth-Gelände zur KVB-Haltestelle Kinderkrankenhaus
Antrag der FDP-Fraktion vom 22.04.2016
AN/0767/2016

3 Kommunalen Klimaschutz

4 Allgemeine Beschlussvorlagen

- 4.1 Umsetzung STEK Wohnen
hier: Neue Flächen für den Wohnungsbau
1028/2015
- 4.1.1 Bericht zur Kleinräumigen Bevölkerungsprognose für Köln 2015 bis 2040
0857/2016
- 4.2 Nutzungskonzept für Veranstaltungen im Rheinpark
0294/2016
- 4.2.1 Nutzungskonzept für Veranstaltungen im Rheinpark
Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 28.04.2016
AN/0828/2016
- 4.3 Konzept Essbare Stadt Köln
0514/2016
- 4.3.1 Konzept Essbare Stadt Köln
Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 28.04.2016
AN/0827/2016
- 4.3.2 Konzept Essbare Stadt
Gemeinsamer Änderungsantrag von SPD-Fraktion, CDU-Fraktion, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Fraktion DIE LINKE und FDP-Fraktion
AN/1035/2016
- 4.4 Gestaltungsplanung für die Erweiterung des Kooperationsgrabfeldes auf dem Friedhof Mülheim
2. Durchgang
0866/2016
***Von der Verwaltung zurückgezogen.
Eine Beschlussfassung hat sich wegen des ausgesprochenen Wiedervorlageverzichts erledigt.***
- 4.5 Überörtliche Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Stadt Köln durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW
1057/2016
- 4.6 Bestellung einer stellvertretenden Schriftführerin
1582/2016

- 4.7 Grünerschließung Langel
hier: Mittelfreigabe Grünplanungskonzept der Ausgleichs- und Ersatzpflanzungen
0943/2016
- 4.8 Wahl der Vertreter des Rates in der Jury des Umweltschutzpreis der Stadt Köln
1385/2016
- 5 Mitberatung von Planungsvorlagen**
- 6 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte**
- 7 Mitteilungen**
- 7.1 Statusbericht Rheinboulevard
- 7.2 Beantwortung einer Anfrage der Piratengruppe gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates (AN/0847/2016) zur Sitzung des Rates am 10.05.2016: "Warum ist Köln Schlusslicht bei der Barrierefreiheit?"
1607/2016
- 7.3 EU-Projekt CELSIUS - in 2016 durchgeführte Veranstaltungen
1672/2016
- 7.4 Detailuntersuchung des Grundwassers im Umfeld des Kalkberges insbesondere im Hinblick auf Cyanide
1737/2016
Zurückgestellt in die Sondersitzung am 20.06.2016
- 7.5 Nutzungsunabhängige Haldenstabilisierung des Kalkbergs / hier: Sachstand und weiteres Vorgehen
1943/2016
Zurückgestellt in die Sondersitzung am 20.06.2016
- 7.6 Beantwortung einer Anfrage der SPD/Fraktion vom 13. 04. 2016 (AN/0692/2016)
hier: Haus Belvedere
1487/2016
- 7.7 Kalkberg
Berücksichtigung von Umweltvorsorgeaspekten bei der nutzungsunabhängigen Haldenstabilisierung
2012/2016
Zurückgestellt in die Sondersitzung am 20.06.2016
- 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 9 Mündliche Anfragen**

II. Nichtöffentlicher Teil

- 10 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung**
- 11 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung**
- 12 Allgemeine Beschlussvorlagen**
 - 12.1 Umsetzung STEK Wohnen; hier: Neue Flächen für den Wohnungsbau
- 13 Vergaben**
- 14 Mitberatung von Planungsvorlagen**
- 15 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte**
- 16 Mitteilungen**
 - 16.1 Information zum geplanten Vorhaben an den Deponien am Heckhofweg in Köln-Longerich
1524/2016
- 17 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 18 Mündliche Anfragen**

I. Öffentlicher Teil

A Verpflichtung von sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern und Einwohnerinnen / Einwohnern gemäß § 5 der Hauptsatzung der Stadt Köln

Es wird niemand verpflichtet.

B Gleichstellungsrelevante Themen

Hierzu liegt nichts vor.

1 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung

1.1 Einweggeschirr in Flüchtlingsunterkünften Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 15.04.2016 AN/0725/2016

1.1.1 Einweggeschirr in Flüchtlingsunterkünften (AN/0725/2016) Beantwortung der Anfrage 1388/2016

SB Herr Schallehn berichtet, er habe im Internet recherchiert, dass andere Städte Geschirrmobile einsetzen, die sie auch an die örtliche Bevölkerung für Events ausleihen. Er möchte wissen, ob die Verwaltung diese alternative Möglichkeit geprüft und die Kosten ermittelt habe.

Stadtkämmerin Frau Klug antwortet, dass die Verwaltung dies geprüft habe. Zu den Ergebnissen erfolge eine schriftliche Stellungnahme der Verwaltung.

1.2 Einfluss des Verkehrsflusses auf Luftbelastungen in Köln Anfrage der CDU-Fraktion vom 27.04.2016 AN/0811/2016

1.2.1 Einfluss des Verkehrsflusses auf die Luftbelastung in Köln Beantwortung der Anfrage 1606/2016

SB Herr Dr. Albach verweist auf Seite 3 der Anlage oben und fragt, ob auch andere regionale Verkehrsdienstleister im Osten Kölns, z. B. Wupsi, mit der grünen Plakette fahren.

Stadtkämmerin Frau Klug sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

RM Herr Brust spricht die Förderung des Radverkehrs an und fragt weshalb die Umsetzung der Maßnahmen, z. B. des Radschnellweges oder des Radverkehrsgutachters Lindenthal/Klettenberg, so lange dauere.

Stadtkämmerin Frau Klug sagt eine Weiterleitung der Frage an das Verkehrsdezernat zu.

**1.3 Erhalt der Artenvielfalt in Köln
Anfrage der CDU-Fraktion vom 13.10.2015
AN/1514/2015**

**1.3.1 Erhalt der Artenvielfalt in Köln
Beantwortung der Anfrage
1182/2016**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

**1.4 Umweltrechtliche Befreiung für Eingriffe und Ausgleich
Anfrage der FDP-Fraktion vom 01.06.2016
AN/0969/2016**

Die Stellungnahme der Verwaltung erfolgt zur nächsten Sitzung am 15.09.2016.

2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung

**2.1 Mehr artenreiche Wiesen in Köln
Antrag der Fraktion Die Linke vom 13.04.2016
AN/0670/2016**

**2.1.1 Stellungnahme zum Antrag der Fraktion Die Linke in der Sitzung des
Ausschusses Umwelt und Grün vom 28.04.2016
AN/067/2016 - Mehr artenreiche Wiesen in Köln
1785/2016**

RM Frau Akbayir bittet, den Antrag und die Stellungnahme der Verwaltung nochmal um eine Sitzung zurückzustellen, da die Fraktion Die Linke noch Beratungsbedarf habe.

Beschluss:

Der Antrag wird zusammen mit der Stellungnahme **zurückgestellt in die Sitzung am 15.09.2016**.

**2.2 Beleuchtung des Hauptwegs vom Clouth-Gelände zur KVB-Haltestelle
Kinderkrankenhaus
Antrag der FDP-Fraktion vom 22.04.2016
AN/0767/2016**

SB Herr Dr. Albach begründet den Antrag. Er merkt an, dass sich die Struktur und Charakteristik des Geländes völlig verändert habe. Ziel des Antrags sei es, vielen Menschen einen angstfreien Zugang zu den öffentlichen Verkehrsmitteln auf der Amsterdamer Straße zu ermöglichen. Gegebenenfalls bitte er die Verwaltung zu prüfen, ob und wie das mit Bewegungsmeldern umzusetzen sei. Dies sei allerdings nur eine Frage und nicht Teil des Antrags.

SB Herr Becker schließt sich namens der SPD-Fraktion dem Sicherheitsaspekt an. Unter der Bedingung, dass die Leuchten dem Stand der Technik entsprechen, stimme man dem Antrag zu.

RM Herr Brust bezeichnet den Antrag generell als überlegenswert. Allerdings sollten über derartige Anträge zunächst die BVen vor Ort entscheiden. Anschließend müsse der Ausschuss Umwelt und Grün die Ausnahme genehmigen.

Herr Brust beantragt, den Antrag in die BV Nippes zu verweisen und deren Stellungnahme abzuwarten.

RM Frau Akbayir unterstützt die Aussage ihres Vorredners. Sie weist jedoch auf den Grundsatzbeschluss des Ausschusses Umwelt und Grün hin, wonach Grünanlagen nicht beleuchtet werden, was die Fraktion Die Linke auch gut finde. Sie habe sich die Situation vor Ort angeschaut und meint, dass man genauso gut den Weg um die Anlage herum so wie bisher benutzen könne.

Stadtkämmerin Frau Klug betont, dass viele Gesichtspunkte abzuwägen seien. Man sei unter anderem mit der Unteren Landschaftsbehörde in Kontakt.

Sie begrüße den Vorschlag, den Antrag zunächst in die BV Nippes zu verweisen. Unabhängig davon werde die Verwaltung zu diesem Antrag eine Stellungnahme abgeben, an der verschiedene Dezernate beteiligt sein werden.

SE Herr Donath informiert darüber, dass von der Bebauung bis zur Haltestelle ein breiter neuer Gehweg errichtet worden sei, der sicherlich von der Öffentlichkeit genutzt werde. Die Lösung, über die Xantener Straße zur Haltestelle zu kommen, sei praktisch nicht gegeben.

RM Frau Welcker bemerkt, dass sich die CDU-Fraktion dem Antrag von Herrn Brust anschließen könne. Auch wolle man die angekündigte Stellungnahme der Verwaltung abwarten. Sie fragt Herrn Dr. Albach, ob es gegen den Verweis in die BV Nippes mit anschließendem Rücklauf in den Ausschuss Bedenken gebe.

Dies ist nach Aussage von Herrn Dr. Albach nicht der Fall.

Anschließend stellt Frau Welcker den von RM Herr Brust mündlich beantragten Verweis in die Bezirksvertretung Nippes mit anschließender Wiedervorlage im Ausschuss zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Grün verweist den Antrag zur Beratung in die Bezirksvertretung Nippes und bittet um Wiedervorlage im Ausschuss mit dem Votum der Bezirksvertretung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3 Kommunaler Klimaschutz

Hierzu liegt nichts vor.

4 Allgemeine Beschlussvorlagen

4.1 Umsetzung STEK Wohnen hier: Neue Flächen für den Wohnungsbau 1028/2015

4.1.1 Bericht zur Kleinräumigen Bevölkerungsprognose für Köln 2015 bis 2040 0857/2016

Stadtkämmerin Frau Klug bemerkt, dass ein zentrales Anliegen der Verwaltung die Ausweitung der Wohnflächen im Stadtgebiet auch unter Umwelt- und Klimaschutzgesichtspunkten sei.

Sie macht auf die ausgehängten Karten mit den Darstellungen der Umweltbelange in Köln aufmerksam und betont, dass die Lösungen nicht nur im Stadtgebiet sondern regional zu betrachten seien. Sie habe daher zwei Mitarbeiter des Dezernates II, Frau Anna Jung und Herrn Max Künnemann, eingeladen, die sich mit entsprechenden Projekten, dem Stadtumlandprojekt UrbanRural Solutions³ und Infrastrukturentwicklung in der Region, befassten.

Anschließend stellt Herr Peschen im Rahmen einer PowerPoint Präsentation Umweltbelange dar, die in das „STEK Wohnen“ eingeflossen sind.⁴⁵

Er informiert darüber, nach welchen Kriterien die Umweltverwaltung die Flächen vom „STEK Wohnen“ bewertet habe (Folie 2). Diese Bewertung sei nicht apodiktisch erfolgt, da bestimmten Belastungssituationen durch gezielte Kompensationsmaßnahmen entgegen gewirkt werden könne (z.B. passiver Schallschutz an Gebäuden).

Das gelte auch für die Planungsempfehlungen aus der Klimawandelstudie; hier könne durch Ausrichtung der Gebäude, Wasseranteil an der Fläche, großzügige Begrünung –auch der Gebäude- u. v. m. zukünftig steigenden Wärmebelastungen entgegen gesteuert werden.

Die Verwaltung verfüge über Basisinformationen, anhand derer sie die Umweltgesichtspunkte in Bezug auf flächenbezogene Planungen hervorragend abbilden könne. Man hoffe daher, im Herbst dem Ausschuss Umwelt und Grün erste Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel vorlegen zu können.

Auch der Lärmaktionsplan, der zurzeit in den politischen Gremien diskutiert werde, beschreibe sehr anschaulich, wie der Lärm sich auf die Stadt verteile.

Anschließend präsentiert Herr Peschen eine Übersichtskarte des Stadtgebiets, auf dem die rund 65 Flächen für den Wohnungsbau dargestellt sind (Folie 3) und geht im weiteren Verlauf auf die einzelnen darübergerlegten Karten ein, die die zukünftige Wärmebelastung, den Landschaftsschutz und Grünflächen, Lärm- und Luftschadstoffbelastung an Straßen, sowie Schienen- und Fluglärm (Folien 4, 5, 6 und 7) zeigen.

³ s. <http://www.stadt-koeln.de/politik-und-verwaltung/finanzen/urbanrural-solutions>

⁴ Die Folien der Präsentation sind der Niederschrift beigelegt und stehen im Ratsinformationssystem in der Ausschusssitzung zur Verfügung. siehe auch <https://amtsinfo.sessionnet.verwaltung.stadtkoeln.de/getfile.asp?id=563007&type=do&>
https://ratsinformation.stadt-koeln.de/to0040.asp?_ksinr=15418

Klar werde, wenn man in die Außenbereiche schaue, wie wichtig es sei, Gebiete offen zu halten, über die eine Belüftung der Stadt künftig bei bestimmten Wetterlagen gewährleistet sei.

Natürlich könne man, wie bereits erwähnt, in einem bestimmten Rahmen Belastungen auch kompensieren.

Als positives Beispiel nennt Herr Peschen die Parkstadt-Süd, bei deren Planung man dem Thema „Belüftung und Wärmebelastung“ Rechnung trage, indem größere zusammenhängende Grünflächen geplant werden. Im Bereich des Landschaftsschutzes und der Grünzüge (s. Folie 5) gebe es an einigen Stellen Zielkonflikte, allerdings nicht in dem Umfang, wie bei Lärm.

Auf der Karte für Lärm und Luftschadstoffe aus dem Straßenverkehr (Folie 6) werde deutlich, dass die NO₂-Grenzwerte leider an vielen Orten Kölns, insbesondere in der Innenstadt, überschritten werden. Betrachte man die Bereiche, die für STEK Wohnen vorgesehen sind, so halte sich die Belastung bis auf 2 Flächen jedoch in Grenzen.

Anders sehe es bei der Belastung durch Schienen- und Fluglärm aus (Folie 7), der viele Konflikte in den Innenstadtbereichen und im Rechtsrheinischen sichtbar mache. Durch technische Maßnahmen wie passiver Schallschutz und Ausrichtung der Gebäude sei man in der Lage, die Lärmbelastung in Innenräumen in Grenzen zu halten.

Die Darstellung auf der Ebene des gesamten Stadtgebietes könne jedoch lediglich einen Anhaltspunkt auf Belastungsschwerpunkte geben. Auf der Projektebene im Planverfahren erfolge über konkrete Untersuchungen üblicherweise eine detaillierte Analyse der Belastungssituation.

Herr Peschen veranschaulicht, wie unübersichtlich der Stadtplan werde, wenn man die Karten mit allen Umweltbelangen übereinander lege.

Die wesentlichen Umweltbelange seien in den Steckbriefen aufgeführt und würden bei Realisierung der Wohnbebauung in den Planungsprozess eingebunden. Da sich die planerische Abwägung bei der Aufstellung der verbindlichen Bauleitpläne mit allen möglichen Belangen (nicht nur Umweltbelangen) befassen muss, sei jedoch auch klar, dass nicht alle Belange vollständig berücksichtigt werden können.

Zusammenfassend hebt Herr Peschen hervor, dass die Umweltverwaltung durch ihre Aktivitäten in den letzten Jahren über einen profunden Datenbestand verfüge, der sich auch in den Flächensteckbriefen und einer stichpunktartigen Liste wiederfinde, die noch mit der Kollegin des Amtes für Stadtentwicklung und Statistik abgestimmt werde.

Die stellvertretende Ausschussvorsitzende Frau Welcker bittet, wenn dies kein Problem sei, die Liste zur Verfügung zu stellen, da sie die Arbeit der Politik wesentlich erleichtere.

SB Herr Becker bittet ebenfalls, die Pläne und die Liste kurzfristig zur Verfügung zu stellen, um darüber noch in den Fraktionen beraten zu können.

Stadtkämmerin Frau Klug sagt eine kurzfristige Abstimmung zwischen den betroffenen Dezernaten zu.

SB Herr Becker legt Wert auf einen regionalen Lösungsansatz.

RM Herr Götz möchte wissen, ob die Umweltverwaltung auch an der Überarbeitung des Regionalplans beteiligt sei.

Herr Peschen informiert darüber, dass die Umweltverwaltung mit ihren Ergebnissen zur Klimawandelstudie in engem Kontakt zum Stadtplanungsamt stehe.

SB Herr Dr. Albach spricht die Lärminderungsplanung nach EU-Recht an und fragt, welche der Kölner Lärmkarten auch den Nachbarkreisen bzw. – gemeinden vorliegen müssten und welche ihnen wahrscheinlich nicht zur Verfügung stehen. Daraus ergebe sich für ihn die Frage, ob man die Karten zusammenführen und den Ausschussmitgliedern zur Verfügung stellen könne.

Herr Peschen erläutert, dass alle Städte im Kölner Umland an der Lärmaktionsplanung beteiligt seien. Die dazugehörigen Karten seien öffentlich. Hinsichtlich der anderen Karten werde er noch mal recherchieren.

Die stellvertretende Ausschussvorsitzende fasst nach Rückfrage im Ausschuss zusammen, dass alle Informationen zu den Flächen im öffentlichen Teil abgegeben worden seien und die Beschlussfassung im nichtöffentlichen Teil erfolge.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung unter TOP 4.1.1 und die mündlichen Ausführungen von Frau Klug und Herrn Peschen zur Kenntnis.

Die Beschlussfassung (verwiesen ohne Votum in die nachfolgenden Gremien) erfolgt im nichtöffentlichen Teil.

4.2 Nutzungskonzept für Veranstaltungen im Rheinpark 0294/2016

4.2.1 Nutzungskonzept für Veranstaltungen im Rheinpark Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 28.04.2016 AN/0828/2016

RM Frau Welcker bittet, die Beschlussvorlage und den Änderungsantrag in die nächste Sitzung zurückzustellen, da die CDU-Fraktion noch Beratungsbedarf habe.

Beschluss:

Die Beschlussvorlage wird zusammen mit dem Änderungsantrag **zurückgestellt in die Sitzung am 15.09.2016.**

4.3 Konzept Essbare Stadt Köln 0514/2016

4.3.1 Konzept Essbare Stadt Köln Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 28.04.2016 AN/0827/2016

4.3.2 Konzept Essbare Stadt Gemeinsamer Änderungsantrag von SPD-Fraktion, CDU-Fraktion, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Fraktion DIE LINKE und FDP-Fraktion AN/1035/2016

RM Herr Walter regt zu Punkt 4 des gemeinsamen Änderungsantrags an, die Beschlussempfehlungen der BV Innenstadt unter Punkt 1 und 2 zu integrieren und das Wort „Bestehende“ voranzusetzen.

Bei der Neuanlage von Grünanlagen könne man durchaus darüber nachdenken, auch essbare Pflanzen zu berücksichtigen, Initiativen die Möglichkeit geben, tätig zu werden und das Konzept zusammen mit dem Ernährungsrat weiterzuentwickeln.

RM Herr Götz entgegnet, dass in Punkt 3 des gemeinsamen Änderungsantrags bereits enthalten sei, die Anregungen der Bezirksvertretungen zu systematisieren und deren Ideen in das neue Konzept einfließen zu lassen. Daher sollte man nicht eine Anregung aus einer Bezirksvertretung vorziehen, sondern warten, bis alle Wünsche ausgewertet sind und die Verwaltung einen entsprechenden Vorschlag unterbreitet.

RM Herr Brust beantragt, unter Punkt 5 auch die Bezirksvertretungen mit einzubeziehen und ihnen ebenfalls die Ergebnisse vorzulegen.

Hierüber herrscht im Ausschuss allgemeine Zustimmung.

RM Frau Akbayir merkt an, dass am Kurt-Hackenberg-Platz Japanische Schnurbäume gepflanzt werden sollen. Diese seien jedoch giftig und widersprächen damit dem Konzept.

SB Herr Dr. Albach weist auf die Beschlussempfehlung der BV Rodenkirchen hin, den Aspekt von „Nutzpflanzen in der Stadt Köln“ einfließen zu lassen. Damit werde das Konzept von Urban Gardening um diesen Aspekt erweitert und Fragen der Landwirtschaft berücksichtigt. Er regt an, ohne den bereits bestehenden Antrag erweitern zu wollen, auch die Landwirtschaft in Köln in einem solchen Konzept zu berücksichtigen.

Nach einer kontroversen Diskussion über die Voranstellung des Wortes „Bestehende“ unter Punkt 4 hebt die stellvertretende Ausschussvorsitzende Frau Welcker hervor, dass öffentliche Grünflächen in der Zukunft mit essbaren Bäumen etc. bepflanzt werden können. Privaten Gartenbau wolle man dort nicht. Dies sei so im gemeinsamen Änderungsantrag formuliert worden.

Eine andere Frage sei, in der Zukunft bestimmte Flächen nicht als öffentliche Grünflächen auszuweisen und dort privaten Gartenbau zuzulassen. Frau Welcker spricht sich dafür aus, dass das, was öffentliche Grünfläche sei, öffentliche Grünfläche bleiben und für jeden nutzbar sein sollte.

Wenn zu einem späteren Zeitpunkt ein Teil nicht als Grünfläche, sondern als Gartenbaufläche deklariert werde, können dort die Anregungen aus den Bezirksvertretungen oder dem Ernährungsrat umgesetzt werden.

Auf Nachfrage stellt Frau Welcker im Ausschuss Einigkeit darüber fest, dass über den **gemeinsamen Änderungsantrag zusammen mit der von RM Herrn Brust mündlich beantragten Ergänzung, dass auch die Bezirksvertretungen mit einzubeziehen seien**, abgestimmt werden könne.

Sie stellt diesen geänderten Beschlusstext zur Abstimmung:

Geänderter Beschluss:

1. Der Ausschuss für Umwelt und Grün der Stadt Köln begrüßt die durch die Verwaltung vorgenommene systematische Analyse und Beschreibung zum Thema „essbare Stadt“ und würdigt diese ausdrücklich.
2. Um das Thema weiter voranzubringen, wird die Verwaltung beauftragt, die Analyse und Bestandsaufnahme zu einem gesamtstädtischen Konzept weiter zu entwickeln und dem Ausschuss erneut vorzulegen. Hierbei soll die Verwaltung aktiv auf interessierte Bürgerinitiativen, wie beispielsweise dem neu gegründeten Ernährungsrat – zugehen, deren Interessen bündeln und in das Konzept einfließen lassen.

3. Der Ausschuss beauftragt die Verwaltung ferner, die Anregungen der Bezirksvertretungen zu systematisieren und deren Ideen in das neue Konzept einfließen zu lassen.
4. Öffentliche Grünflächen und Parks sind für die Nutzung durch die Allgemeinheit zu sichern, privater Gartenbau ist dort nicht zu gestatten.
5. Die Verwaltung wird damit beauftragt, das neue Konzept nach zwei Jahren zu evaluieren und die Ergebnisse dem Ausschuss für Umwelt und Grün **und den Bezirksvertretungen** erneut vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

- 4.4 Gestaltungsplanung für die Erweiterung des Kooperationsgrabfeldes auf dem Friedhof Mülheim
 2. Durchgang
 0866/2016**

*Vor Eintritt in die Tagesordnung von der Verwaltung zurückgezogen.
Eine Beschlussfassung hat sich wegen des ausgesprochenen Wiedervorlageverzichts erledigt.*

- 4.5 Überörtliche Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Stadt Köln durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW
 1057/2016**

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt den Prüfbericht Überörtliche Prüfung der Stadt Köln in den Jahren 2012 bis 2014 der Gemeindeprüfungsanstalt NRW sowie die Stellungnahme der Verwaltung gem. § 105 GO NRW zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

- 4.6 Bestellung einer stellvertretenden Schriftführerin
 1582/2016**

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün bestellt für die Dauer der Wahlperiode 2014 - 2020 Frau Dagmar Klein zur stellvertretenden Schriftführerin.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.7 Grünerschließung Langel
hier: Mittelfreigabe Grünplanungskonzept der Ausgleichs- und Ersatz-
pflanzungen
0943/2016

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Finanzausschuss, wie folgt zu beschließen:

Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe einer investiven Auszahlungsermächtigung in Höhe von 290.000 € im Teilfinanzplan 1301 (Öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen) bei Finanzstelle 6700-1301-6-1009 / Grünerschließung Langel / Ausgleichsmaßnahme Festwert, Hj. 2016 / 2017. Der entsprechende Ansatz ist im Hpl.-Entwurf 2016 / 2017 vorgesehen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.8 Wahl der Vertreter des Rates in der Jury des Umweltschutzpreis der Stadt Köln
1385/2016

Die stellvertretende Vorsitzende Frau Welcker bemerkt, dass die Beschlussvorlage die Fraktionssitzungen nicht rechtzeitig erreicht habe und somit eine Beratung nicht möglich gewesen sei. Sie schlägt vor, dass die Fraktionen die Möglichkeit der Nachbenennung im Rat erhalten.

Dem Vorschlag wird von den Ausschussmitgliedern einmütig zugestimmt.

Auf Nachfrage von SB Herr Becker bestätigt Herr Peschen, dass laut Rahmenbedingungen für den Umweltschutzpreis 6 Ratsmitglieder von den Fraktionen in die Jury benannt werden.

RM Herr Götz möchte wissen, nach welchem Verfahren, D'Hondt oder Hare-Niemeyer, die Zuteilung der Sitze in der Jury erfolge.⁶

Herr Peschen informiert darüber, dass er sich mit der Juristin für Kommunalrecht im Amt der Oberbürgermeisterin abstimmen und den Ausschussmitgliedern die Information zusammen mit den Rahmenbedingungen für den Umweltschutzpreis zur Verfügung stellen werde.⁷

Die stellvertretende Ausschussvorsitzende Frau Welcker fasst zusammen, dass die Vorlage ohne Votum in den Rat verwiesen werde mit der Bitte, die angekündigten Informationen den Mitgliedern des Ausschusses rechtzeitig zur Verfügung zu stellen. Hiergegen gibt es keine Einwendungen.

⁶ s. https://de.wikipedia.org/wiki/D%E2%80%99Hondt-Verfahren#Vergleich_mit_dem_Hare-Niemeyer-Verfahren_und_dem_Sainte-Lagu.C3.AB-Verfahren

⁷ Anmerkung zum Wahlverfahren:

Entsprechend den Vorgaben der Gemeindeordnung erfolgt die Verteilung der Sitze nach dem auch für die Ausschussbesetzung anzuwendenden Auszählverfahren Haare/Niemeyer (§ 50 Abs. 4 GO NRW i. V. m. § 50 Abs. 3 GO NRW).

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün verweist die Beschlussvorlage ohne Votum in den Rat und bittet, ihm die Informationen zum Zuteilungsverfahren zusammen mit den Rahmenbedingungen für den Umweltschutzpreis zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5 Mitberatung von Planungsvorlagen

Hierzu liegt nichts vor.

6 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte

Hierzu liegt nichts vor.

7 Mitteilungen

7.1 Statusbericht Rheinboulevard

Ein Statusbericht liegt nicht vor.

Auf Nachfrage von SB Herrn Dr. Albach informiert Herr Kaune darüber, dass zu den Kölner Lichtern der Rheinboulevard nicht geöffnet werden könne.

7.2 Beantwortung einer Anfrage der Piratengruppe gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates (AN/0847/2016) zur Sitzung des Rates am 10.05.2016: "Warum ist Köln Schlusslicht bei der Barrierefreiheit?" 1607/2016

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

7.3 EU-Projekt CELSIUS - in 2016 durchgeführte Veranstaltungen 1672/2016

RM Herr Brust fragt, ob die Verwaltung positive Erfahrungen mit dem Projekt gemacht habe. Von am Projekt beteiligten Schulen habe er gehört, dass dort seitdem die Heizung nicht mehr richtig funktioniere. Das Problem bei Wärmepumpen sei, dass sie umso effizienter seien, je niedriger die gewünschte Temperatur sein müsse. Bei hohen Vorlauftemperaturen funktioniere die Heizung jedoch dann nicht mehr.

Herr Peschen sagt zu, diesen Erfahrungsbericht zusammen mit der RheinEnergie und der Gebäudewirtschaft für die nächste Sitzung aufzubereiten.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

**7.4 Detailuntersuchung des Grundwassers im Umfeld des Kalkberges insbesondere im Hinblick auf Cyanide
1737/2016**

Vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt in die Sondersitzung am 20.06.2016.

**7.5 Nutzungsunabhängige Haldenstabilisierung des Kalkbergs / hier: Sachstand und weiteres Vorgehen
1943/2016**

Vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt in die Sondersitzung am 20.06.2016.

**7.6 Beantwortung einer Anfrage der SPD/Fraktion vom 13. 04. 2016 (AN/0692/2016)
hier: Haus Belvedere
1487/2016**

RM Frau Welcker hofft, dass die Gespräche nun bald zu einem guten Ende führen werden.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

**7.7 Kalkberg
Berücksichtigung von Umweltvorsorgeaspekten bei der nutzungsunabhängigen Haldenstabilisierung
2012/2016**

Vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt in die Sondersitzung am 20.06.2016.

8 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen

Hierzu liegt nichts vor.

9 Mündliche Anfragen

**9.1 Mündliche Anfrage von SB Frau Reiff
Bestattungsgärten**

SB Frau Reiff bedankt sich bei allen, die die Seniorenvertretung bei der Umsetzung der Bestattungsgärten auf dem historischen Friedhof im alten Ortsteil von Esch unterstützt haben.

Sie merkt an, dass dieses Gelände durch die Friedhofsmauer und die umliegende alte Bebauung eingefriedet sei. Die Stadt Köln habe sich innerhalb dieser Einfriedung ein Stück für Bestattungen vorbehalten. Frau Reiff fragt, wie gesichert werde, dass die im

Besitz der Stadt Köln befindliche restliche Fläche angemessen gepflegt werde. Sie möchte wissen, ob Pflegeauflagen erteilt werden, da sonst das Konzept der Bestattungsgärten erheblich beeinträchtigt werden könnte. Frau Reiff regt an zu prüfen, ob diese Fläche noch den Bestattungsgärten zugeschlagen werden könne und bittet, einen Ortstermin anzusetzen.

Herr Kaune antwortet, dass die Verwaltung mit der Genossenschaft der Friedhofsgärtner explizit über diese Fläche gesprochen habe.

Die von Frau Reiff angesprochene Problematik habe man auf allen Friedhöfen, auf denen Bestattungsgärten angelegt worden seien. Daher gebe es manchmal einen gewissen Unterschied in der Qualität der Pflege zwischen den Bestattungsgärten und den sich in der Nachbarschaft befindlichen freien Wahlgrabstätten. Grundsätzlich sei aber der Nutzungsberechtigte verpflichtet, diese Grabstelle zu pflegen und werde auch, falls er seiner Verpflichtung nicht nachkomme, von der Verwaltung schriftlich dazu aufgefordert.

Herr Kaune rät davon ab, die Bestattungsgärten weiter auszudehnen, um den Standard in diesen Bereichen sicherzustellen. Man sollte auch die Wahlgrabstätten an dieser Stelle weiter ermöglichen. Er bietet Frau Reiff an, dass die Verwaltung sich mit ihr und dem Meister vor Ort auf dem Friedhof treffen könne.

Frau Reiff nimmt die Einladung an und möchte noch wissen, wessen Aufgabe es sei, auf dem Stück des Friedhofes Sitzgelegenheiten aufzustellen.

Herr Kaune informiert darüber, dass es grundsätzlich Angelegenheit der Stadt Köln sei, Bänke auf Friedhöfen aufzustellen. In den Bestattungsgärten erfolge dies von der Genossenschaft der Friedhofsgärtner, die vorher entsprechende Pläne vorlege.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die mündlichen Ausführungen von Herrn Kaune zur Kenntnis.

9.2 Mündliche Anfrage von SB Herrn Dr. Albach Standorte für Flüchtlingsunterkünfte

SB Herr Dr. Albach spricht eine Beschlussvorlage an, über die im Ausschuss für Soziales und Senioren beraten werden soll und die Prüfung von 12 bis 18 Standorten zur Errichtung von temporären Flüchtlingsunterkünften zum Thema habe. Herr Dr. Albach merkt kritisch an, dass der Ausschuss Umwelt und Grün nicht in der Beratungsfolge der Vorlage aufgeführt sei. Er zeigt sich darüber verwundert, denn er vermute nicht, dass landschaftsrechtliche Dinge nicht betroffen seien. Zumindest ein Standort liege im Landschaftsschutzgebiet.

Stadtkämmerin Frau Klug sagt die Aufnahme des Ausschusses Umwelt und Grün in den Beratungsgang zu.

9.3 Mündliche Anfrage von SE Herrn Schallehn Wasserschaden Gut Leidenhausen

SE Herr Schallehn berichtet, bei der Auflösung des IAWH (Interkommunaler Arbeitskreis Wahner Heide) sei darüber informiert worden, dass es auf Gut Leidenhausen einen Wasserschaden gegeben habe. Eine Öffnung der Räume incl. der Gastronomie sei noch nicht absehbar, obwohl die Versicherung zahlungswillig sei.

Die städtische Gebäudewirtschaft habe anscheinend bisher eine Umsetzung versäumt. Dies sei insofern ärgerlich, als dadurch im Sommer keine Einnahmen erzielt werden und der Betreiber des Restaurants große Verluste hinnehmen müsse.

Herr Schallehn möchte wissen, wann wieder mit der Öffnung von Gut Leidenhausen bzw. des Restaurants gerechnet werden könne.

Herr Kaune antwortet, dass das Amt für Grünflächen und Landschaftspflege mit der Gebäudewirtschaft in engem Kontakt stehe. Die versicherungstechnische Abwicklung des Schadens gehe nicht so reibungslos vonstatten wie erwartet. Er hoffe, dass schnellstmöglich eine Stellungnahme abgegeben werden könne.

Die Verwaltung habe selbst ein großes Interesse daran, dass der Betrieb wieder schnell aufgenommen werden könne.

9.4 Mündliche Anfrage von RM Herrn Walter Pantaleonsgarten

RM Herr Walter möchte wissen, ob für den Pantaleonsgarten, der ebenfalls in der Auflistung der Initiativen zur essbaren Stadt aufgeführt sei (s. S. 5 der Beschlussvorlage), städtische Flächen zur Verfügung gestellt worden seien. In einem der Protokolle der Initiative werde dies so genannt.

Frau Klug sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

9.5 Mündliche Anfrage von RM Herrn Brust Wasserleitungen im Bonotel

RM Herr Brust spricht eine Mitteilung (1924/2016) im Ausschuss Soziales und Senioren zur Sanierung der Wasserleitungen im Bonotel an. Dort seien die Wasserleitungen mit Epoxidharz im sogenannten Relining-Verfahren⁸⁹ behandelt worden. Hierdurch werde die Chemikalie Bisphenol A (BPA)¹⁰ freigesetzt und gelange ins Trinkwasser. Durch die Sanierung entstünden nun hohe Kosten. Andererseits werde diese Methode immer noch angewandt, was ihm sehr widersprüchlich erscheine.

Herr Brust möchte wissen, warum dieses Verfahren nicht generell verboten werde.

Frau Klug informiert darüber, dass hierzu der Bund um Stellungnahme gebeten werden müsse, da es sich um eine Schadstoffverordnungsangelegenheit handle. Die Verwaltung werde Informationen zusammenstellen und eine schriftliche Stellungnahme abgeben.

gez. Katharina Welcker
(1. stellvertretende Ausschussvorsitzende)

gez. Barbara Bültge-Oswald
(Schriftführerin)

⁸ [https://de.wikipedia.org/wiki/Schlauchliner_\(Rohrsanierung\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Schlauchliner_(Rohrsanierung))

⁹ http://www.bund.net/fileadmin/bundnet/pdfs/chemie/20120419_chemie_bpa_trinkwasser_hintergrund.pdf

¹⁰ <http://www.reach-info.de/bisphenol-a.htm>